

# „Inklusive Kompetenzen in der Lehrerausbildung verankern“



Von  
Ruth Waldmann (SPD)

Inklusion heißt, dass Menschen mit Behinderung ein Anrecht auf ein gleichberechtigtes Leben und volle Teilhabe in Schulen und Berufswelt haben. Das setzt voraus, dass behinderte und nichtbehinderte Heranwachsende gemeinsam lernen und als Erwachsene in die Arbeitswelt integriert werden. Den Lehrkräften und dem wissenschaftlichen Personal kommt dabei eine besondere Bedeutung zu.

Der diesjährige Schwerbehindertenbericht zeigt im Bereich der Beschäftigung an den Hochschulen kaum eine Veränderung im Vergleich zu 2010, obwohl die Inklusion zu einem der wichtigsten Themen der bayerischen Bildungspolitik gemacht wurde. Die Staatsregierung kann ihre selbst gesteckten Ziele nicht umsetzen. Die Behindertenbeauftragte Irmgard Badura hat schon 2010 angemahnt, dass insbesondere Bildungs- und Wissenschaftsbereich erheblichen Nachholbedarf haben. Dort sank die Beschäftigungsquote 2013 um 0,55 Prozent auf insgesamt 3,91 Prozent – und das bei ansonsten steigenden Beschäftigungszahlen und einer boomenden Wirtschaft.

Wenn Minister Spaenle dies mit dem geringen Anteil an Schwerbehinderten mit Hochschulabschluss erklärt, zeigt das, dass dringend etwas an der Situation an den Hochschulen verändert werden muss: Hier beißt sich die Katze in den Schwanz, es wird ein Versäumnis mit dem anderen begründet! Laut Aussagen des Wissenschaftsministeriums hat nicht einmal die Hälfte der bayerischen Hochschulen einen barrierefreien Zugang oder kann eine barrierefreie Teilnahme an Lehr- und Hochschulveranstaltungen anbieten. Vieles hängt darüber hinaus nicht nur mit physischen, sondern mit mentalen Barrieren zusammen. Es ist notwendig, inklusive Kompetenzen in der Lehrerausbildung zu verankern und Beratungsangebote auszubauen. Wichtig wären besondere Vermittlungsstellen und Fachleute, die die Bewerber persönlich kennen und mit diesem Hintergrundwissen an Stellen vermitteln, in denen sie erfolgreich tätig sein können.

Die Institutionen haben sich an die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen anzupassen, nicht umgekehrt. Und wer, wenn nicht der Staat mit seinen Lehranstalten, muss hier eine Vorreiterrolle einnehmen?